

# Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Nr. 29

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
vom Donnerstag, den 04.06.2020.

## 1. **Genehmigung der Niederschrift Nr. XII/28/2020 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2020**

### **Beschluss**

Die Niederschrift Nr. XII/28/2020 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2020 wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

**Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)**

## 2. **Punkte ohne Aussprache**

## 3. **Punkte mit Aussprache**

### 3.1 **Bewerbung zur Neuaufnahme des Fördergebietes „Neue Mitte“ in das Förderprogramm Lebendige Zentren in kleinen Städten- und Gemeinden in Hessen Vorlage: 81/2020**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. die Bewerbung beim Land Hessen zur Neuaufnahme des Gebietes „Neue Mitte“ in das Förderprogramm Lebendige Zentren in kleinen Städten- und Gemeinden in Hessen abzugeben,
2. eine lokale Partnerschaft mit den Akteuren der Projekte aufzubauen,
3. Kosten, die über die Mittel der Beantragung hinausgehen, bedürfen einer erneuten Beratung und Beschlussfassung.

**Beratungsergebnis: 28 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

### 3.2 **Neuwahl von Mitgliedern des Ortsgerichts Vorlage: 84/2020**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung wählt per Akklamation jeweils für weitere 5 Jahre:

Herrn Walter Böhmer, Weiherstr. 4, Neu-Anspach, zum stellv. Ortsgerichtsvorsteher,  
Herrn Klaus Dornbusch, Saalburgstr. 16a, Neu-Anspach, zum Ortsgerichtsschöffen,  
Herrn Werner Hollenbach, Höhenstr. 14a, Neu-Anspach, zum Ortsgerichtsschöffen.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

### 3.3 **Beschluss über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2018 und Entlastung des Magistrats Vorlage: 79/2020**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2018 sowie den dazugehörigen Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen und entlastet zugleich den Magistrat.

**Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 8 Stimmenthaltung(en)**

**3.4 Genehmigung überplanmäßige Ausgaben 2019 gem. § 100 HGO  
Vorlage: 58/2020**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende ÜPL gem. § 100 HGO:

Überplanmäßige Auszahlung (Investitionen)

534-08 Wärmepufferspeicher zur Erw. des Netzes 65.577,39 €

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Überplanmäßige Aufwendungen

THH 05 Soziale Leistungen	48.422,07 €
THH 12 Straßen, Wege, Plätze	108.330,23 €
THH 13 Natur und Landschaft	71.904,44 €

**Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**3.5 Budgetverschiebungen 2020 zur Finanzierung von Haushaltsresten 2019  
Vorlage: 59/2020**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Ankauf der Bücherei zunächst zurückzustellen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit der Wohnbebauung am Stabelsteiner Weg geprüft werden.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**3.6 Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes  
Vorlage: 85/2020**

**Beschlüsse:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgendes Haushaltssicherungskonzept, der darin vorgegebene Abbaupfad sowie die Konsolidierungsmaßnahmen zur Erreichung des Abbaupfades werden verbindlich festgelegt:

1.

<b>Abbaupfad</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>Summe</b>
Notwendiger Abbau	694.589	592.660	592.321	592.321	1.215.321	3.687.212
<b>Maßnahmen</b>						
Friedhofsgebühren	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	600.000
Fachkraftschlüssel	50.000	150.000	150.000	150.000	150.000	650.000
Einkommensteuer	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	1.000.000
Ganztagsbedarf	-	80.000	80.000	80.000	80.000	320.000
Grundsteuer 2021	-	200.000	200.000	200.000	200.000	800.000
Stelle STW	-	55.000	55.000	55.000	55.000	220.000
Stelle Rente	-	-	35.000	35.000	35.000	105.000
Kürzung	-	-	-	-	-	-
<b>Summe</b>	<b>370.000</b>	<b>805.000</b>	<b>840.000</b>	<b>840.000</b>	<b>840.000</b>	<b>3.695.000</b>
Bereits veranschlagt	297.732	399.661	400.000	400.000	400.000	1.897.393
<b>Gesamt</b>	<b>667.732</b>	<b>1.204.661</b>	<b>1.240.000</b>	<b>1.240.000</b>	<b>1.240.000</b>	<b>5.592.393</b>

**Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**Für die folgenden Teilbeschlüsse gilt der Bezug auf die Liste „Investitionshaushalt 2020“, welche zu Beginn der Sitzung aus dem TOP 3.7 zur Beratung in den TOP 3.6 überstellt wurde. Die Liste ist als Anlage beigefügt.**

2. Für die Position „Neubau Kühlhaus Gaststätte Waldschwimmbad“ (max. 10.000 Euro, Investitionsnummer 424-02-10) soll zunächst eine Konzeption vom Magistrat erarbeitet und nach einem Ortstermin (im Rahmen einer Sitzung des Bauausschusses) im Bauausschuss weiter beraten werden.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

3. Bei den Positionen bzw. den Projekten „Erschl. Gewerbegebiet In der Us, Edeka“ (Investitionsnummer 708-00) sowie „Erschl. Röhrlig unterhalb des RMD-Geländes“ (Investitionsnummer 714-00) werden die Summen, sowohl bei den Ausgaben wie bei den Einnahmen, im Haushaltsjahr 2020 auf 20% der ursprünglichen Ansätze gekürzt. Für die restliche Summe der Ausgaben wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 eingestellt.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

4. Alle anderen Positionen der Liste „Investitionshaushalt 2020“, welche grün markiert sind, sind für das Haushaltsjahr 2020 zu streichen.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

5. Der Magistrat wird gebeten, folgende Forderungen zur Bewältigung der CORONA-Pandemie-Folgen an Bundes- und Landesregierung sowie die Bundestags- und Landtagsabgeordneten des Hochtaunuskreises weiterzuleiten:

- a) Aussetzung der sog. „schwarzen Null“ auch für die Kommunen
- b) Schaffung eines Ausgleichsfonds für die zu erwartenden Einbußen bei der Gewerbesteuer
- c) Schaffung eines Ausgleichsfonds für die Ausfälle bei KiTa-Gebühren in Zeit geschlossener Kindertagesstätten
- d) Anpassung des Zuweisungsschlüssel der Einkommenssteuer zu Gunsten der Kommunen durch den Bund
- e) Schaffung eines Ausgleichsfonds für die zu erwartenden Einbußen bei der Umsatzsteuer durch den Bund
- f) Der Bund wird aufgefordert, einen Rettungsschirm für Kommunen einzurichten.

Außerdem wird der Magistrat gebeten, den Hessischen Städte- und Gemeindebund sowie den Hessischen Städtetag über diesen Beschluss in Kenntnis zu setzen und diese dazu aufzufordern, gemeinsame Maßnahmen aller Hessischen Kommunen zu organisieren.

Hinsichtlich der KiTa-Gebühren ist außerdem zu prüfen, ob nicht ohnehin eine Rechtspflicht des Landes zur Übernahme derselben aufgrund des in Art. 137 VI HV verankerten Konnexitätsprinzips besteht. Wenn dem so sein sollte, ist der Magistrat aufgefordert, eine Übernahme der Kosten durch das Land notfalls auf dem Rechtsweg einzufordern.

**Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)**

**3.7 Bericht für den Zeitraum 01.01.2020 bis 30.04.2020 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs**  
**Vorlage: 111/2020**

**Beschluss:**

Die Vorlage zu diesem Punkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen. Eine Beratung und Beschlussfassung findet nicht statt.

**4. Anträge**

**4.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Ausarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 109/2020**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, ein Konzept zur Optimierung der Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten auszuarbeiten. Dabei sollen folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Erfassung der tatsächlichen Bring- und Holzeiten in den verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen (Stand 2020): Vergleich mit bisherigen Erhebungen
  - Die bisherige Abfrage soll um einen Punkt erweitert werden: Wäre prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter oder Kinderbetreuungseinrichtungen gewünscht (unabhängig von einem Beitrags-/Preisunterschied)?
- Tatsächliche Anmeldungen im U3- und Ü3-Bereich: Vergleich der Ist- und Planzahlen 2020
- Die Erforderlichkeit der vollumfänglichen Öffnungszeiten in allen städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen ist zu prüfen. Es ist zu untersuchen, ob unterschiedliche Öffnungszeiten in den einzelnen Kitas angeboten werden können.
  - Dabei sollen X % der Einrichtungen mindestens die derzeitigen Öffnungszeiten beibehalten (07:30 – 17:00 Uhr)
  - Wahlkonfession muss erhalten bleiben
  - Welche Kosteneinsparung ist dadurch möglich: Personaleinsatz, Betriebskosten etc.
  - Langfristige Planungs- und Umsetzungsdauer, so dass kein aktuell angemeldetes Kind die Einrichtung, aufgrund von Öffnungszeitenänderungen, wechseln muss

- Auswertung der Abfrage sowie Ausarbeitung eines Konzeptes im AK Kita gemeinsam mit den Kita-Leitungen aller Träger und dem Stadelternbeirat. Dabei müssen allen Mitgliedern des AK detaillierte Aufstellungen der Aufwendungen und Erträge zur Verfügung stehen
- Einsparungen durch die tageweise Buchbarkeit der Module sollen von der Verwaltung berechnet oder widerlegt werden
- Ein etwaiger Ausbau des Tagesmütterangebotes ist zu prüfen
  - Dabei stellt die Stadt Neu-Anspach keine Räumlichkeiten zur Verfügung
  - Welche Kosteneinsparung ist dadurch möglich?
  - Kann die Angebotsvielfalt damit erhalten oder verbessert werden?
  - Es ist zu berücksichtigen, ob prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter gewünscht wäre
- Anpassung der Öffnungszeiten auf Montag bis Donnerstag, jeweils 07:30 bis 17:00 Uhr sowie freitags von 07:30 – 16:00 Uhr
  - Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kosten, Konzeption
  - Ist eine mittelfristige Umsetzung möglich?
- Eine Modulaufweitung (bspw. Mo-Mi 17:00 Uhr, Do-Fr 15:00 Uhr) ist zu prüfen
  - Kann damit die Personaleinsatzplanung optimiert werden?
  - Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kosten, Konzeption
- Übergabe aller städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen an einen anderen freien Träger (z.B. VzF)
  - Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kostensituation, Konzeption

Ergänzend dazu beschließt die Stadtverordnetenversammlung als kurzfristiges Ziel, den Magistrat mit der Erstellung eines Konzepts zur Optimierung der Nachmittagsbetreuung in den KiTa´s zu beauftragen.

Grundsätzlich wird beschlossen, dass bei allen zu erstellenden Konzepten der Stadelternbeirat sowie der AK Kita beteiligt werden, weiter dass man sich bei der Erstellung an Kita-Konzepten anderer Städte wie z.B. Oberursel oder Steinbach orientieren möge sowie die bestehenden Kita-Konzepte anderer Kita-Träger wie z.B. der Kirche oder dem VzF berücksichtige.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**4.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Aufnahme bestimmter Einzelpunkte zur Einarbeitung in das Haushaltssicherungskonzept  
Vorlage: 110/2020**

**Beschlüsse:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, eine Überprüfung hinsichtlich der Reduzierung des Betrages für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, der allein durch den Magistrat entschieden werden kann (aktuell 50.000 Euro) vorzunehmen. Das Ergebnis ist dem Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

**Beratungsergebnis:16 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)**

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt ab, den Magistrat zu beauftragen, eine Überprüfung hinsichtlich der Reduzierung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros angesichts der derzeitigen Lage und auch dauerhaft (z.B. können die Früh- und Spätöffnungszeiten auf jeweils halbtags 5 Stunden verkürzt werden) vorzunehmen.

**Beratungsergebnis:20 Ja-Stimme(n), 11 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt ab, den Magistrat zu beauftragen, die Erstellung eines Nachtrags-Haushaltsplans unverzüglich in Angriff zu nehmen, sollte der um die nachgeforderten Unterlagen ergänzte Haushaltsplan 2020 genehmigt werden.

**Beratungsergebnis:18 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Überarbeitung/Würdigung der aktuellen Vergaberichtlinien zu beauftragen. Das Konzept ist über den parlamentarischen Lauf der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

**Beratungsergebnis: 31 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

- 4.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Prüfung der Möglichkeit zur Videoübertragung von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen**  
**Vorlage: 108/2020**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Möglichkeit der Videoübertragung, alternativ einer reinen Audioübertragung, von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse zu prüfen. Hierbei sollen zunächst die anfallenden Kosten der Video- bzw. Audioübertragung eruiert werden und Erfahrungen anderer Kommunen bzw. kommunaler Spitzenverbände herangezogen werden, die ihre Sitzungen bereits in Echtzeit per Video/Audio übertragen.

**Beratungsergebnis: 29 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

- 4.4 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Bürgerversammlung und Abklärung inwieweit das Gebiet der „Steinkaut“ mit einer Ökokontomaßnahme geschützt werden kann**  
**Vorlage: 114/2020**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass zunächst eine Ortsbegehung im Rahmen einer Sitzung des Bauausschusses stattfinden möge und alle zuständigen Behörden entsprechend beteiligt/angehört werden. Dabei ist u.a. die Frage zu klären, inwieweit das Gebiet der „Steinkaut“ in Verbindung mit einer Ökopunktemaßnahme auf Dauer geschützt werden kann. Danach soll eine Bürger-Informations-Veranstaltung bzw. Bürgerversammlung im Stadtteil Westerfeld durchgeführt und entsprechende Informationen gegeben werden.

**Beratungsergebnis: 28 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**5. Mitteilungen des Magistrats**

- 5.1 Anfrage der CDU Fraktion zum Thema Plastik-Mikropartikel**  
**Vorlage: 99/2020**

**Mitteilung:**

Es wird daraufhin gewiesen, dass gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.02.2020 auch die Überprüfung hinsichtlich Antibiotika und anderen Medikamenten erfolgen sollte. Der Magistrat möge bitte gezielt diese Ergänzung beim Wasserbeschaffungsverband Usingen nachfragen.

- 5.2 Jahresabschluss 2019**  
**Vorlage: 100/2020**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung wird über die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 informiert und in Kenntnis gesetzt.

**5.3 1. Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 – Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan 2010 Einleitung des Verfahrens und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und Kommunen und Nachbarkommunen für das Gebiet des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain  
Vorlage: 103/2020**

**Mitteilung:**

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain hat mit Schreiben vom 29.04.2020 (siehe Anlage) u.a. die Kommunen des Verbandsgebietes wegen des 1. Änderungsverfahrens zum genehmigten Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 – Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan 2010 im Zuge der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung vom 5.5. bis 12.6.2020 zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 12.06.2020 aufgefordert.

Die Änderungen betreffen nicht das Kommunalgebiet der Stadt Neu-Anspach. Die Belange der Stadt sind nicht betroffen. Die Stadt nimmt deshalb die Änderungen zur Kenntnis ohne Abgabe einer Stellungnahme.

Bei Interesse können die Verfahrensunterlagen auf der Homepage des Verbandes unter <https://www.region-frankfurt.de/erneuerbareenergien> eingesehen werden.

**6. Liste offener Punkte / Beschlusskontrolle**

**7. Anfragen und Anregungen**

**8. Sonstige Anfragen und Anregungen**

**8.1 Anfragen und Anregungen**

**Beschluss**

Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem aktuellen Sachstand im Projekt „KOMPASS“.

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die 1. Sicherheitskonferenz am 04.05.2020 Corona-bedingt abgesagt werden musste. Aufgrund der vielen Teilnehmer bzw. der zugelassenen Besucherzahlen im Bürgerhaus ist eine Sitzung auch jetzt noch nicht möglich. Er hoffe darauf, dass die 1. Sicherheitskonferenz im Herbst durchgeführt werden könne.

**8.2 Anfragen und Anregungen**

**Beschluss**

Stadtverordnete Ulrike Bolz möchte wissen, wie es mit dem Streetworker bzw. der Jugendpflege weitergehe. Es sei bekannt, dass der Streetworker Neu-Anspach verlassen werde und deshalb stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, was mit der gekündigten Jugendhausarbeit, welche der Streetworker übernehmen sollte, passiere.

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass der Streetworker gekündigt habe und in seine alte Heimat zurückgehe. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde beschlossen, ein Konzept für das Jugendhaus bis zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2020 zu erarbeiten, um ggf. noch eine Kündigung bis zum 31.12.2020 zu beschließen bzw. auszusprechen. Das sei noch nicht passiert.

**8.3 Anfragen und Anregungen**

### **Beschluss**

Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem Sachstand der IKZ-Intensivierung, welche sie im Rahmen der Haushaltsberatungen angesprochen habe.

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass sich die IKZ aktuell hauptsächlich im Rahmen der Digitalisierung intensiviere. Hier werden die Vorbereitungen bzw. die Grundlagen für die Erfüllung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG) im Hintergrund gemeinsam mit der Stadt Usingen geleistet. Ein Teil davon ist auch bereits nach außen für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar.

### **8.4 Anfragen und Anregungen**

#### **Beschluss**

Stadtverordnete Ulrike Bolz ist am Sachstand der Einpendlerkinder interessiert.

Bürgermeister Thomas Pauli teilt mit, dass alle Kommunen, mit Ausnahme einer Kommune, es abgelehnt haben, Änderungen vorzunehmen. Somit kommt es zur Kündigung der bestehenden Verträge.

### **8.5 Anfragen und Anregungen**

#### **Beschluss**

Stadtverordnete Ulrike Bolz gibt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen das Gerücht gehört zu haben, wonach Rückzahlungen an die Evangelischen Kitas erforderlich werden. Was sei hier der Sachstand?

### **8.6 Anfragen und Anregungen**

#### **Beschluss**

Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem Sachstand ihrer Anfrage vom 13.02.2020, wonach der Magistrat um Überprüfung gebeten wurde, ob und wie nicht mehr benötigte und noch nicht belegte Friedhofsflächen anderweitig verwendet werden können.

Bürgermeister Thomas Pauli gibt an, dass das Thema in Bearbeitung sei und nach Abschluss der Arbeiten eine Vorlage komme.

### **8.7 Anfragen und Anregungen**

#### **Beschluss**

Stadtverordneter Bernd Töpperwien fragt, ob für die Offene-Punkte-Liste ein Ampelsystem verwendet werden könne. Für die Übersichtlichkeit wäre Rot = Termin überfällig, Gelb = in Bearbeitung und Grün = erledigt hilfreich.

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dies sei nicht möglich. So wie die Offene-Punkte-Liste aktuell vorliege, sei der aktuelle Stand des Programmherstellers.

### **8.8 Anfragen und Anregungen**

### **Beschluss**

Stadtverordneter Dr. Jürgen Göbel spricht ein Lob an den Magistrat bzw. die Stadtverwaltung aus. Konkret gehe es ihm um die engagierte und kurzfristige Umsetzung der Vorgaben für die Wiedereröffnung der Kindertagesstätten, dies sei sicher sowohl für die Kita-Leitungen wie auch die Stadtverwaltung eine intensive Herausforderung gewesen, welche offensichtlich gut gelungen sei. Dafür möchte er sich bedanken.

### **8.9 Anfragen und Anregungen**

#### **Beschluss**

Stadtverordneter Horst Meyer fragt nach dem Sachstand der Versiegelung. Bei Sparziergängen stelle er fest, dass z.B. Vorgärten immer mehr zu Garagen und Abstellplätzen umgewidmet werden. Bürgermeister Thomas Pauli habe ihm versprochen, im Stadtteil Westerfeld mit einer Kontrolle zu beginnen. Deshalb wolle er fragen, ob damit schon begonnen wurde.

Holger Bellino  
Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung

Mathias Schnorr  
Schriftführer